

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Holme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk außer Halver: Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Königsahl, Kierspe, Kierspe-Bahnhof, Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Ohl, Kupferberg, Radenbornwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wilhelm Beil & Co., Halver i. W. - Fernsprecher Nummer 442, Amt Halver. - Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver

Nr. 248

Inseratenpreis: für 1 mm Höhe, 34 mm breit 6 Reichspennig für Behörden, Finanzanzeigen u. auswärtige Anzeigen 10 Reichspennig, Reklame 40 Reichspennig - Offertgebühren 30 Reichspennig und Porto.

Halver
Montag, den 24. Oktober

Er erscheint werktäglich
mit 4 Gratisbeilagen. Bezugspreis monatlich
Mk. 1.85 einschl. 30 Pfg. Postgeb. u. 36 Pfg. Zustellgeb.
Postfachkonto: Dortmund 2941.

1932

Die heutige Ausgabe umfasst 8 Seiten

Kleine Zeitung für eilige Leser

* Reichspräsident von Hindenburg empfing die deutschen Olympiasieger.

* Das Reichsgesetzblatt veröffentlicht die Verordnung des Reichspräsidenten gegen unbefugten Gebrauch von Fahrzeugen und Fahrrädern.

* Der Notverordnungs-Komplex über die Sanierung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens und die Erweiterung der Osthilfe wurde veröffentlicht.

Genossenschaftsanierung.

Man spricht seit langem so oft von „festgefrorenen“ Krediten. Darin steckt ein Optimismus, mit dem nun aber allmählich aufgeräumt werden muß, wenn man eine wirkliche Sanierung der deutschen Gesamtwirtschaft durchführen will. Vielerorts werden diese „Eisblöcke“ noch als Forderungen durch die Geschäftsbücher geschleppt, während sie tatsächlich nicht mehr „festgefroren“, sondern verlorene Kredite darstellen. Es hat doch gar keinen Zweck, z. B. eine Hypothek auf der Habenseite der Geschäftsbücher des Geldgebers zu verzeichnen, obwohl feststeht, daß Zinsen dafür nicht gezahlt werden und bei einer Zwangsvollstreckung der Hypothekengläubiger doch nur glatte „hinten herunterfallen“ würde! Das ist dann keine „dubiose“, keine „faule“ oder „oberfaule“ Forderung mehr, sondern sie ist praktisch verloren. Und andererseits ist die Bilanz des Kreditgebers nach außen hin irreführend, wenn er solche Forderungen immer noch auf der Habenseite verzeichnet und damit einen Geschäftskredit zum Ausdruck bringt, der in Wirklichkeit äußerst bröcklig ist und dem ersten schärferen Stoß erliegt.

Wir haben bei der großen Bankensanierung im Frühjahr diese Abschreibungen durchaus nicht mehr „dubioser“, sondern ganz unzweifelhaft nichteinbringlicher Forderungen im Maßstab von vielen hundert Millionen erlebt. Wir erleben das noch täglich, wenn wir in der Zeitung von „Kapitalzusammenlegungen“ oder außergerichtlichen Vergleichen lesen, bei denen dann „Abschreibungen“ in größtem Umfang erfolgen, die Aktionäre bzw. die Gläubiger also bisweilen den größten Teil ihrer Forderungen einfach verlieren und sich damit einverstanden erklären — aus Zwang —, weil sich diese Forderungen auf dem Papier vielleicht recht schön ausmachen, in Wirklichkeit aber nichts davon zu holen ist. Bei der jetzt durch Notverordnung verfügten Sanierung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens, die bereits in verschiedenen Ministerreden angekündigt war, handelt es sich um eine grundsätzliche Streichung aller uneinbringlichen Forderungen, die die Genossenschaften dieser Art gegenüber ihren Schuldnern haben und die bisher als „Guthaben“ durch die Bücher geschleppt wurden und werden mußten.

Man schätzt den Betrag der Ausleihungen seitens der landwirtschaftlichen Genossenschaften, die ja seit etwa sechs Jahren in der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse („Preußentasse“) ihr Zentralkreditinstitut besitzen, heute auf ungefähr 2,3 Milliarden Mark. Allerdings ist hier einzuschalten, daß es sich dabei keineswegs nur und allein um Kredit an die Landwirtschaft handelt, sondern diese Genossenschaften haben auch an andere Wirtschaftskreise, wie der Kleinindustrie, dem Gewerbe, ja sogar — Kommunen Kredite gegeben. Weiterhin sei auch noch vermerkt, daß die Ausleihungen der landwirtschaftlichen Genossenschaften in dem Gebiet westlich der Elbe fast noch einmal so groß sind wie auf dem östlich der Elbe, wo ja der Kredit der „Landschaften“ eine sehr bedeutende Rolle spielt. Von jenen 2,3 Milliarden sind nun — die Schätzungen gehen noch etwas auseinander — etwa 250 bis 300 Millionen, also mindestens 10 Prozent, als tatsächlich uneinbringbar, als verloren zu betrachten. Hinzu kommen nun noch die wirklich nur „festgefrorenen“ Kredite, die — vielleicht — auf dem Wege der Zwangsvollstreckung wenigstens teilweise eintreibbar wären. Doch würde natürlich eine derartige Methode zur Zerstörung zahlreicher wirtschaftlicher Existenzen und zu einer überaus schweren Erschütterung unserer Landwirtschaft in gar nicht absehbarem Umfang führen müssen.

Wenn nun die einzelnen landwirtschaftlichen Genossenschaften zwecks Vereinigung ihrer finanziellen Lage jene verlorenen oder „dubiosen“ Forderungen einfach auf der Habenseite zu streichen hätten, dann würde sich in überaus zahlreichen Fällen herausstellen, daß die betreffende Genossenschaft festgefahren, also die Summe unten auf der Sollseite beträchtlich größer ist als die auf der Habenseite. Dann aber müßten, um die Liquidierung des sonst vielleicht durchaus lebensfähigen Betriebes möglichst zu verhindern, zunächst einmal die Genossenschafter selbst mit ihrer Haftungsumme herangezogen werden, — und das hätte unter den heutigen finanziellen Zuständen in der Landwirtschaft nur einen sehr teilweisen Erfolg! Auf alle Fälle wäre die Genossenschaft aber bewegungsunfähig. Aus dieser Lage soll nun das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen durch die Notverordnung vom 22. Oktober befreit werden. Durch Reichskredite werden über die umorganisierte Preußische, jetzt Deutsche Zentralgenossenschaftskasse jene Abschreibungen, also jene Verluste auf der Habenseite bei den einzelnen Genossenschaften ausgeglichen, um auf diese Weise zu erreichen, daß diese wesentliche Stütze der deutschen Landwirtschaft wieder kräftig und fest wird.

Neue Genossenschafts- und Osthilfe

Zur Erhaltung lebensfähiger Genossenschaften.

Die „Deutsche Zentralgenossenschaftskasse“.

Die Verordnung über die Umwandlung der Preussischen Zentralgenossenschaftskasse in eine Deutsche Zentralgenossenschaftskasse sowie die Verordnung über eine beschleunigte Durchführung der Osthilfe sind vom Reichspräsidenten unterzeichnet worden und werden der Öffentlichkeit übergeben. Amtlich wird dazu mitgeteilt: Die Reichsregierung hat für die verschiedenen Gruppen des Genossenschaftswesens bereits erhebliche Aufwendungen in der Form der Übernahme von Bürgschaften für Liquiditätskredite und in der Form von verlorenen Zuschüssen gemacht. Ohne eine solche Hilfe wären zahlreiche wirtschaftlich gesunde Existenzen, die mit den Genossenschaften haftungsmäßig verbunden sind, vernichtet worden. Die Verluste, die bei den Genossenschaften, insbesondere auch bei den landwirtschaftlichen, infolge der allgemeinen Wirtschaftskrise aufgetreten sind, haben es mit sich gebracht, im Einvernehmen mit der preussischen Staatsregierung der Reorganisation der Preussischen Zentralgenossenschaftskasse, des bedeutendsten genossenschaftlichen Zentralinstituts, näherzutreten.

Reich und Preußen werden für die Durchführung des notwendigen Abschreibungsbedarfes sowohl bei der Preussischen Genossenschaftskasse als auch in genossenschaftlichem Mittel- und Unterbau erhebliche Mittel zur Verfügung stellen. Die Preussische Zentralgenossenschaftskasse, die schon bisher in größerem Umfang Mittel auch für außerpreussische Gebiete zur Verfügung gestellt hat, wird der Aufsicht des Reiches unterstellt werden und in Zukunft die Bezeichnung

„Deutsche Zentralgenossenschaftskasse“

führen. Ihr Kapital wird rund 100 Millionen Mark betragen, zu denen noch 20 Millionen Mark an Reserven hinzutreten. Das Reich und Preußen werden an diesem Kapital mit je 42,5 Millionen Mark beteiligt sein. Es ist vorgesehen, daß hiervon je 2,5 Millionen Mark an die Deutsche Rentenbankkreditanstalt übertragen werden. Die sonstigen eingezahlten Beteiligungen in Höhe von rund 15 Millionen Mark bleiben unberührt. Die über die neuen Kapitalbeteiligungen des Reiches und Preußens hinausgehenden Beträge der bisherigen Stammeinlagen bei der Preussischen Zentralgenossenschaftskasse werden, soweit sie eingezahlt sind,

zur Deckung von Verlusten im landwirtschaftlichen Genossenschaftswesen

und von Verlusten an landwirtschaftlichen Außenständen solcher gewerblichen Genossenschaften verwendet, die mit der Deutschen Zentralgenossenschaftskasse in Geschäftsverkehr stehen; sie belaufen sich auf rund 40 Millionen Mark. Zu dem gleichen Zwecke werden zehn Millionen Mark Reserven von der Deutschen Zentralgenossenschaftskasse zur Verfügung gestellt.

Außerdem werden Reich und Preußen für Zwecke der Verlustbereinigung und der Rationalisierung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens Beträge bis zur Höhe von insgesamt 200 Millionen Mark zur Verfügung stellen. Die Beträge sind für das gesamte Reichsgebiet bestimmt; Ziel der Aktion ist, die lebensfähigen Genossenschaften zu erhalten. Auf das Reich entfallen rund 127 Millionen Reichsmark, die in den Reichshaushaltsplänen der Jahre 1936/38 bereit- und für die zunächst Schatzanweisungen zur Verfügung gestellt werden.

Die Deutsche Zentralgenossenschaftskasse wird in Zukunft der Aufsicht des Reichsministers der Finanzen unterstehen. Ein Recht der Regierung zur Leitung, wie es bisher bestand, ist nicht vorgesehen. Dafür ist eine körperschaftliche Willensbildung

geschaffen worden. Zu diesem Zwecke werden neben dem Direktorium, das die Geschäfte der Deutschen Zentralgenossenschaftskasse führen wird, ein Ausschuss und eine Hauptversammlung gebildet. Der Ausschuss besteht aus dem Präsidenten der Deutschen Zentralgenossenschaftskasse, je drei Vertretern der Reichs- und der preussischen Staatsregierung, zehn von der Hauptversammlung aus ihrer Mitte gewählten Personen, von denen sechs dem landwirtschaftlichen Genossenschaftswesen, drei dem gewerblichen Genossenschaftswesen und eine dem Konsumgenossenschaftswesen angehören müssen. Dem Ausschuss steht die laufende Überwachung der gesamten Geschäftsführung der Deutschen Zentralgenossenschaftskasse zu.

Das kommunale Arbeitsbeschaffungsprogramm.

Reichsregierung und Gerechtigkeit-Plan.

Die Verhandlungen zwischen den zuständigen Stellen der Reichsregierung und den kommunalen Spitzenverbänden über ein kommunales Arbeitsbeschaffungsprogramm dauern an. Wenn gemeindet worden ist, daß diesen Verhandlungen Teile des bekannten Gerechtigkeit-Planes zugrunde liegen, so trifft das, wie die Landvolk-Nachrichten mitzuteilen wissen, insofern zu, als Landrat Dr. Gerechtigkeit immer wieder betont hat, daß

Die Geschäfte der Deutschen Zentralgenossenschaftskasse werden von einem Direktorium geführt, das aus dem Präsidenten und der erforderlichen Anzahl von ordentlichen und stellvertretenden Mitgliedern besteht. Der Präsident wird nach Anhörung des Ausschusses von der Reichsregierung im Benehmen mit der preussischen Staatsregierung bestellt.

Gleichzeitig wird die Reichsregierung durch die Notverordnung ermächtigt, in

Änderung und Ergänzung des Genossenschaftsgesetzes gewisse näher umrissene Bestimmungen über Revision, Bilanzen und Musterstatut der Genossenschaften zu erlassen, um im Interesse der Gesunderhaltung des Genossenschaftswesens eine wirksame Revision und eine sachgemäße Aufstellung des Jahresabschlusses der Genossenschaften sicherzustellen.

Schließlich wird das Reich zur Stützung von gewerblichen Kreditgenossenschaften und Baugenossenschaften bis zum Gesamtbetrag von rund 14 Millionen Reichsmark Garantien übernehmen oder jeweils bis zur Höhe von einem Drittel dieses Betrages Mittel in den Rechnungsjahren 1932, 1933 und 1934 zur Verfügung stellen.

Die Erweiterung der Osthilfe.

Erhöhung der baren Entschuldungsmittel.

Die Verordnung über die beschleunigte Durchführung des Osthilfeverfahrens, die sogenannte zweite Entschuldungsverordnung, sieht zunächst die Gesamtablösung der genossenschaftlichen Forderungen gegen die Entschuldungsbetriebe im Osthilfegebiet vor, zweitens die Erhöhung der baren Entschuldungsmittel.

Das Gesamtvolumen der dem Reichsverband angeschlossen landwirtschaftlichen Genossenschaften, das auf 200 Millionen Mark geschätzt wird, geht mit dem Inkrafttreten der Verordnung

auf das Reich über,

dafür erstattet das Reich den Gegenwert in Höhe von 70 Prozent, also 140 Millionen Mark. Von diesen 140 Millionen werden 50 Millionen von der Bank für Industrieobligationen als Beauftragte des Reiches aus Osthilfsmitteln in Entschuldungsbriefen, die übrigen 90 Millionen in Schatzanweisungen gegen gegeben, von denen 60 Millionen später aus Sicherungsmitteln abgelöst werden. Durch den Übergang der Forderungen auf das Reich wird bewirkt, daß die Landstellen mit den einzelnen Entschuldungsverfahren nichts mehr zu tun haben. Es soll dadurch eine wesentliche Beschleunigung herbeigeführt werden. Die einzelnen Genossenschaften werden von der Preußentasse befreit. Die auf das Reich übergegangenen früheren genossenschaftlichen Forderungen werden von der Landstelle bis auf 25 Prozent herunteraffordiert werden. Dadurch wird die Affordquote der übrigen Gläubiger wesentlich verbessert.

Vorgesehen ist weiter, daß Betriebsinhaber, die Wechselakzepten gegeben haben, und solche, die im Entschuldungsverfahren gewesen sind, in voller Höhe von den Verbindlichkeiten befreit werden. Die Sicherheiten, die für genossenschaftliche Forderungen bestanden, gehen auf das Reich über.

Der zweite Teil der Verordnung behandelt die Erhöhung der baren Entschuldungsmittel.

Bisher war das Verhältnis ein Sechstel zu fünf Sechsteln. Bei einem Gesamtvolumen von 600 Millionen Mark waren 500 Millionen Entschuldungsbriefe und 100 Millionen Barzahlung.

Dieses Verhältnis wird dahin geändert, daß das Volumen der Entschuldungsbriefe auf 350 Millionen herabgesetzt und das der Barzahlung von 100 auf 250 Millionen erhöht wird. Die Pächter werden durch besondere Mittel entschuldet.

Im Schlußteil der Verordnung ist vorgesehen, daß

Forderungen von Gläubigern aus Warenlieferungen nach dem 1. Januar 1929 am Entschuldungsbetriebe nach näherer Entscheidung der Landstelle als Überhangshypotheken eingetragen werden. Die Forderungen sind zunächst unverzinslich; sie werden getilgt nach Ablauf von drei Jahren nach dem Ergebnis der Betriebskontrolle. Für ein Viertel des etwaigen Ausfalls übernimmt die Bank für Industrieobligationen die Bürgschaft.

zunächst eine Umänderung gewisser Teile des bisherigen Regierungsprogramms notwendig sei, damit die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit rascher und wirksamer als bisher geschehen könne. In unterrichteten Kreisen glaubt man, aus der Rede Luthers in Hamburg entnehmen zu können, daß der Reichspräsident auch seinerseits bis zu einem gewissen Grade an der Verwirklichung der kommunalen Arbeitsbeschaffungspläne mitwirken wolle. Das dürfte, nach der finanziellen Seite hin, jedoch längst nicht in dem ursprünglich im Gerechtigkeit-Plan vorgesehenen Umfang erfolgen. Die jetzigen Verhandlungen dürften weniger auf eine Erweiterung des bisherigen Arbeitsbeschaffungsprogramms

als auf eine zweckmäßigere Ausgestaltung und Anpassung an die Forderungen der Gemeinden und öffentlich-rechtlichen Genossenschaften hinauslaufen. Abgesehen hat sich auch der engere Vorstand des Deutschen Städtetages dieser Tage eingehend mit der Frage eines kommunalen Arbeitsbeschaffungsprogramms beschäftigt. Der Deutsche Städtetag erklärt, Voraussetzung des kommunalen Arbeitsbeschaffungsprogramms sei, daß die Finanzierung auf einem volkswirtschaftlich einwandfreien Wege durchgeführt werde, der alle Experimente auf währungspolitischem Gebiet vermeide. Die Herausgabe von ungedeckten zinslosen Krediten größten Ausmaßes könne deshalb nicht in Frage kommen. Der Städtetag hat gegenüber der Reichsregierung seine bereits früher erhobenen Forderungen wiederholt, daß für die kommunalen Betriebe und die kommunale Arbeitsförderung im Rahmen des Regierungsprogramms Steuergutschriften zur Verfügung gestellt werden.

Nationale Einheitsfront tut not!

Die Gründe für den Austritt des bremischen Bürgerchafts-Präsidenten aus der NSDAP.

Der Präsident der Bremischen Bürgerchaft, Rechtsanwalt Dr. Bachhaus, der gleichzeitig mit seiner Amtsniederlegung aus der NSDAP. ausgetreten ist, führt in seinem an Adolf Hitler gerichteten Brief über die Gründe zu seinem Schritt u. a. folgendes aus: „Immer hatte ich gehofft, Sie würden dem Bruderkampf gerade der besten Deutschen, insbesondere innerhalb der Harzburger Front, als der stärksten unter ihnen, mit einem Machtwort ein Ende bereiten. Aber allem Haß und Haß der, auch der übrigen Andersdenkenden, all dem einseitigen Kampfsucht vieler Ihrer Redner und Schriftsteller, all ihrer Herabminderung der offensichtlich intensiv und energisch um unseres Vaterlandes Rettung bemühten neuen Reichsregierung vor dem In- und Auslande, ja, selbst den Dolchstoßen einiger Verblendeter in den Rücken alter deutscher Soldaten sehen Sie ohne äußerlich sichtbaren Widerspruch gegenüber.“

Sind Stahlhelmer, Deutschnationale, Bürger aller Parteifarben und Staatsminister einschließlich Abgänger denn keine deutschen Volksgenossen? Vorstößt das alles nicht gegen den Hauptgrundsatz Ihrer Bewegung, den der Volksgemeinschaft? Sieht das alles nicht wie fanatische Voreingenommenheit gegen jeden anderen und trostloser Parteigewalt mancher Ihrer Unterführer aus?

Diese Inkonsistenz kann ich nicht mehr vor meinem Gewissen, unseren Harzburger Waffengefährten und meinen bremischen Wählern verantworten. Wir brauchen meines Ermessens heute mehr denn je außenpolitisch die möglichst geschlossene Einheitsfront der ganzen Nation. Öffentlich findet Ihre Bewegung, über deren mächtige nationale Bedeutung sich alle einig sind, eines Tages den Weg zurück in die Harzburger Front zu den alten Soldatischen und männlich-denkenden Kameraden, zu denen wir nach allem gehören, und die schließlich auch nichts anderes wollen als Freiheit und Brot für unser geknechtetes und ausgefogenes Volk.“

Scharfe Abfrage des Zentrums an Papen

In einer großen Zentrumskundgebung im Essener Stadtparksaal setzte sich der zweite Vorsitzende der Zentrumsgruppe, Abgeordneter Zoos, ausführlich mit der Politik der Reichsregierung auseinander. Zur Frage der Tolerierung der Reichsregierung von Papen durch die Zentrumsgruppe erklärte Zoos: Eine Chance können wir einer Regierung nicht geben, deren Politik und deren Methoden wir für falsch halten. Man habe die Vertreibung der preussischen Regierung mit Staatsnotrecht begründet. Es könne eine Stunde kommen, wo Volksnotrecht dagegengesetzt werde. Von verschiedenen Seiten habe man erwartet, die kluge Zentrumsgruppe würde sich anpassen. So klug dürfte aber die Zentrumsgruppe nicht sein, daß sie ihre Grundsätze preisgäbe. Weil das Zentrum die jetzige Reichsregierung Papen nicht tolerieren konnte, habe es Verhandlungen mit den Nationalsozialisten aufgenommen. Bei diesen Verhandlungen hätten die Vertreter des Zentrums kein Wort von den Grundsätzen des Zentrums preisgegeben. Von der Auslieferung der Macht an die Nationalsozialisten sei dabei nicht die Rede gewesen. Aber nationalsozialistische Führer hätten sich bei diesen Verhandlungen davon überzeugt, daß die Zentrumsgruppe unzerstörbar sei. Die Erkenntnis, daß Neuwahlen doch nicht zu vermeiden seien, hätte dann bald zum Abbruch der Verhandlungen geführt. Zoos schloß seine Ausführungen mit der Versicherung: Das Zentrum wird seinen Grundsätzen unerschütterlich treu bleiben.

„Eine geradezu absurde Idee.“

Der Reichswehrminister verwahrt sich gegen unverantwortliche Gerüchtmacherei.

Reichswehrminister von Schleicher, der sich zur Zeit in Badenweiler aufhält, hat dem Vertreter einer Nachrichtenagentur folgende Erklärung übergeben: „In Berlin wird die Nachricht verbreitet, daß ich meinen Aufenthalt in Badenweiler zu politischen Besprechungen benutze, die den Bestand des jetzigen Kabinetts gefährden könnten. Eine geradezu absurde Idee! Abgesehen davon, daß ich mit dem mir befreundeten Reichsminister von Papen sachlich und politisch völlig übereinstimme, habe ich während meines Aufenthaltes in Badenweiler noch keine politische Persönlichkeit größeren oder kleineren Formats gesehen oder gesprochen und gedenke das auch in Zukunft nicht zu tun.“

Politische Zusammenstöße in Berlin.

In Berlin kam es anlässlich der bevorstehenden Wahlen zu politischen Zusammenstößen, die am Wednesday die Polizei veranlaßte, zur Schußwaffe zu greifen. Dort hatten Nationalsozialisten unter polizeilicher Bedeckung Flugblätter verteilt. Dabei wurden sie wie auch die Beamten aus den Fenstern mit Steinen beworfen, wodurch drei Nationalsozialisten am Kopf leicht verletzt wurden. Die Beamten gaben darauf mehrere Schüsse auf Fenster und Dächer ab, die aber niemanden trafen. Drei Kommunisten wurden wegen Nichtbefolgung polizeilicher Anordnungen zwangsgeführt.

Kurze politische Nachrichten.

Zu den Pressegerüchten über eine Erschütterung des Kabinetts Papen wird von zuständiger Stelle mit Nachdruck erklärt, daß das Kabinett vollständig einig und nicht gewillt sei, seinen Kurs zu ändern.

Die Kommission, die zur Durchführung der Verhandlungen über die Kontingente nach den beteiligten Staaten entsandt wurde, wird noch nicht nach Berlin zurückkehren. Infolgedessen wird sich auch das Kabinett vorläufig noch nicht mit dem Ergebnis der Verhandlungsreise beschäftigen. Es bleibt bei der Absicht, diese schwierige Frage erst im November zu behandeln.

Der nationalsozialistische Präsident der Bremischen Bürgerchaft, Rechtsanwalt Dr. Bachhaus, hat sein Amt niedergelegt und ist gleichzeitig aus der NSDAP. ausgetreten.

Die Reichspressestelle des Stahlhelms teilt mit: „Der Zweite Bundesführer des Stahlhelms, Bund der Frontsoldaten, Oberstleutnant Duesterberg, hat sich entschlossen, wegen einiger Artikel in verschiedenen nationalsozialistischen Blättern im Strafverfahren vorzugehen.“

Wie nunmehr endgültig feststeht, wird General Litzmann im Wahlkreis 5 (Frankfurt a. d. O.) für die NSDAP. zur Reichstagswahl kandidieren. Im neuen Reichstag würde damit voraussichtlich nicht die Kommunistin Klara Zetkin, sondern General Litzmann Alterspräsident sein.

Nach einer Übersicht über den Eingang der französischen Steuern ist für das erste Halbjahr ein Unterschuß von über zwei Milliarden Franc zu verzeichnen.

Der deutsche Botschafter v. Söeß hat dem französischen Ministerpräsidenten sein Abberufungsschreiben überreicht. Er wird sich Anfang der Woche vor seiner Übersiedlung nach London nach Berlin begeben.

Sanierung der Landesbank der Rheinprovinz.

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, haben Reichs- und Staatsregierung die Verhandlungen über einen Sanierungsplan der Landesbank der Rheinprovinz abgeschlossen. Da die Behebung der Illiquidität der Landesbank in erster Linie eine Frage der Wiederherstellung der finanziellen Leistungsfähigkeit der ihr verschuldeten rheinischen Kommunen ist, haben sich Reich und Staat bereit erklärt, der Landesbank ein Mindestaufkommen aus den laufenden Zins- und Tilgungsverpflichtungen dieser Schuldner in Höhe von 15 Millionen Mark auf die Dauer von vier Jahren zu garantieren unter der Voraussetzung, daß sich andererseits auch die Gläubiger der Landesbank zu einem Entgegenkommen sowohl in der Zinshöhe als auch durch Stundung ihrer Kapitalforderungen auf mindestens vier Jahre bereitfinden. Außerdem wird die Staatsregierung alle ihr in Ausübung der kommunalaufsichtlichen zur Verfügung stehenden Mittel für die Abwicklung der Verpflichtungen der Landesbank einsetzen.

Gegen die Kriegsschuldfrage.

Postkempel zur Bekämpfung der Kriegsschuldfrage?

Amlich wird mitgeteilt, daß das Postamt Weimar gegen die Absicht des thüringischen Staatsministeriums, auf den Umschlägen aller von den Ministerien ausgehenden Briefe einen gegen die Kriegsschuldfrage des Versailles Diktats gerichteten Vermerk setzen zu lassen, Bedenken erhoben habe, da ein Erlaß des Reichspostministeriums vom 24. September 1931 Ausdruck über die Kriegsschuldfrage usw. beanstandet. Das Staatsministerium hat daraufhin das Reichspostministerium um Zurückziehung dieses Erlasses ersucht und dies damit begründet, daß der Kampf um die Beseitigung der Kriegsschuldfrage höchste politische und sittliche Pflicht jedes wahrhaften Deutschen sei.

Ohne Gleichberechtigung

kein wahrer Frieden.

Eine bedeutsame Rede Mussolinis.

Mussolini hielt anlässlich der faschistischen Zehnjahresfeier in Turin vor einer etwa 200 000köpfigen Menschenmenge eine Rede, die sich vor allem mit den Kernfragen der Außenpolitik befaßte. In dieser Grenzstadt Turin erklärte er, sagte Mussolini, daß Italien den Frieden will, einen wahren Frieden, der nicht von der Gerechtigkeit getrennt ist und Europa sein Gleichgewicht wiedergeben soll.

Was die deutsche Forderung auf Gleichberechtigung anlangt, so ist sie nach Auffassung des Faschismus vollkommen berechtigt. Das muß man so klar wie möglich anerkennen. Wenn die Abrüstungskonferenz ergebnislos zu Ende gehen sollte, dann Deutschland nicht im Völkerbund bleiben, solange nicht diese Entrechtung, die Deutschland erniedrigt, beseitigt ist.

Mussolini betonte dann, daß Italien im Völkerbund, der gegenwärtig „außerordentlich krank“ sei, verbleiben werde. Der Völkerbund sei zu universell er möge in Europa wirksam sein, aber im Fernen Osten und in Amerika blieben seine Worte nur Worte. Mussolini sagte dann abschließend: Es sind Versuche unternommen worden, Europa von dieser universellen Konstruktion zu befreien. Ich glaube, wenn morgen auf der Grundlage der Gerechtigkeit und der Anerkennung unserer heiligen Rechte die notwendigen und ausreichenden Voraussetzungen für eine Zusammenarbeit der vier großen Weltmächte erreicht würden, so könnte Europa in politischer Hinsicht ruhig sein, und vielleicht würde auch die wirtschaftliche Krise ihrem Ende entgegengehen.

Beim englischen Ministerpräsidenten Macdonald ist ein Brief von maßgebenden Stellen des wichtigen englischen Baumwollzentrums Preston eingegangen, in dem die Anerkennung der deutschen Gleichberechtigungsansprüche gefordert wird. Der Brief ist auch von dem Präsidenten und dem Vizepräsidenten des nordenglischen Baumwollspinn- und Fabrikantenverbandes unterzeichnet, der so gut wie alle Arbeitgeber des englischen Baumwollspinnereisektors umfaßt.

Der wacklige Völkerbund.

Japan will nicht mehr mitmachen.

Halbamtlich wird aus Tokio gemeldet, daß der japanische Sonderdelegierte Matsuo vom japanischen Kabinett folgende Anweisungen für die Haltung der japanischen Abordnung zu den Beratungen des Völkerbundes über den Lytton-Bericht erhalten hat: Bei den Beratungen über die mandchurische Frage muß der Völkerbund die japanischen Sonderinteressen in der Mandchurei anerkennen.

Die Erörterungen müssen unter dem Gesichtspunkt geführt werden, daß das mandchurische Reich ein unabhängiger Staat sei, der nichts mit der chinesischen Republik zu tun habe.

Falls der Völkerbund zu einem Beschluß kommen sollte, der gegen die japanischen Interessen verstoße, solle Matsuo amtlich den Austritt Japans aus dem Völkerbund erklären.

Falls der Völkerbund die japanischen Interessen berücksichtige, soll Matsuo vorschlagen, sämtliche Erörterungen über die mandchurische Frage auf drei oder vier Jahre hinauszuschieben.

Japanische Siedler mit Maschinengewehren.

8000 japanische Reservisten sind in Dairen eingetroffen und werden von dort nach der Mandchurei weiterbefördert, wo sie sich in der Nähe von Muden niederlassen werden, um dort Landwirtschaft zu betreiben. Alle Reservisten erhielten Gewehre, Munition und auch Maschinengewehre zum Schutze ihres Lebens und Eigentums. Das japanische Kolonialministerium soll eine Million Yen zur Verfügung stellen, um die japanische Kolonisation in der Mandchurei zu fördern.

Widerrechtliches Vorgehen der Polen in Danzig.

Bewaffnetes polnisches Wachtkommando in den Straßen.

Ein polnisches Wachtkommando in Stärke von fünf Mann, mit Karabinern und Seitengewehren bewaffnet, ist von der Westerplatte aus durch die Stadt Danzig zur polnischen diplomatischen Vertretung marschiert. Nach dem Verlassen des polnischen General-Kommissariats trugen die polnischen Soldaten keine Waffen mehr. Das Vorgehen des polnischen Wachtkommandos bedeutet einen Bruch der Danzig-Polnischen Abmachungen.

Neue litauische Hehe gegen Memel.

In der lettischen Presse hat wieder eine planmäßige Hehe gegen das Memelgebiet eingesetzt. Alle Rownoer Blätter bringen in großer Aufmachung Berichte der litauischen Telegraphenagentur aus Memel, in denen die sofortige Einführung der litauischen Sprache in allen memelländischen Schulen und Kirchen gefordert und ein energisches Eingreifen der Zentralregierung verlangt wird. Diese Hehe verfolgt anscheinend dieselben Ziele, die Anfang d. J. zu dem großen Memelstreit führten, der bekanntlich in der Verhaftung des Landespräsidenten Dötcher seinen Höhepunkt fand.

Heftiger Wahlkampf

in den Vereinigten Staaten.

Die Demokraten auf dem Vormarsch.

Der Wahlkampf in den Vereinigten Staaten nimmt täglich an Hartnäckigkeit zu. Präsidentschaftskandidat Roosevelt, der auf seiner zweiten Wahlreise den mittleren Westen besucht, spricht täglich an vier Stellen, immer vor riesigen Menschenmengen. Hoover, der für die Republikaner kandidiert, beabsichtigt, angeht der in den verschiedenen Probeabstimmungen zum Ausdruck gekommenen ungünstigen Wahlfrage weitere Wahlfreden in New York, im mittleren Westen und vor allem im Westen zu halten. Auch die Hochfinanz und die Schwerindustrie nehmen lebhaften Anteil an der Wahlpropaganda. Allenfalls wird eine große Wahlbeteiligung erwartet. Die beiden großen amerikanischen Parteien bemühen sich zur Zeit hauptsächlich um die Stimmen der Farmer.

Der Konflikt im Osten.

Chinas Stellungnahme zum Lytton-Bericht.

Halbamtlich wird mitgeteilt, daß die chinesische Regierung der chinesischen Abordnung in Genf zu der Beratung des Lytton-Berichts folgende Anweisungen gegeben hat: 1. Der Lytton-Bericht muß vom Völkerbund bestätigt werden. 2. Die chinesische Regierung besteht darauf, daß die Mandchurei keinen selbständigen Staat bildet, sondern immer noch einen untrennbaren Bestandteil des chinesischen Reiches darstellt. 3. Wenn Japan sich weigern sollte, Beschlüsse des Völkerbundes auszuführen, soll Paragraph 15 der Völkerbundscharta gegen Japan in Anwendung gebracht werden. 4. Die chinesische Regierung ist bereit, mit Japan über die japanischen Interessen in der Mandchurei zu verhandeln. 5. Die chinesische Regierung wird weitere Vorschläge zur Lösung der Mandchureifrage überreichen.

Ein Zug von Freischärlern angehalten.

Wie amtlich mitgeteilt wird, haben chinesische Freischärler am Sonnabend einen Personenzug bei Kirin angehalten. Die aus acht japanischen Soldaten bestehende Wache wurde überwältigt und ermordet. 34 chinesische Fahrgäste wurden in die Berge entführt. Das japanische Oberkommando hat eine Strafexpedition entsandt.

Neue Kämpfe bei Tiflis.

Die Agentur Dempo Tiflis teilt mit, daß sich zwischen japanischen Truppen und chinesischen Freischärlern bei Tiflis große Kämpfe abgepielt haben. Die Freischärler wurden bei dem Versuch, in Tiflis einzudringen, zurückgeschlagen. Die japanische Kavallerie erfolgte den Feind in Richtung Tiflis-Hailar. Es wurden 34 Gefangene gemacht. Der Angriff wird von den japanischen Truppen fortgesetzt.

Lokales und Provinzielles.

Halber, den 24. Oktober 1932.

Hausmusik.

Sobald die Abende länger werden, tritt in vielen Familien die Hausmusik in ihre Rechte. Hausmusik, wie man sie früher einmal verstand. Da war in der guten Stube ein Spinett, dessen Töne etwas dünn klangen, oder ein Piano oder ein altes ehrwürdiges Klavier, ein richtiger Flügel. Und es war immer einer da, der angenehm darauf zu spielen wußte, der Vater oder die Mutter oder eins der Kinder. Und die anderen saßen bei irgendeiner Arbeit und lauschten den Klängen und summten oder sangen bekannte Melodien mit. Und es wurde fast durchweg gute Musik gemacht: Klassisches wurde gespielt, Haydn, Mozart, Beethoven, oder Lieder von Schubert und Schumann oder Romantisches aus Webers „Freischütz“ und Gewaltiges aus Wagners Werken. Und selbstverständlich gab es auch Tänze von Lanner und Strauß, und

AM HÖRER DER ZEIT.

Politische Zwischenfälle.

Die Schiffe, die unlängst an der Weichselgrenze von der polnischen Soldateska auf friedliche deutsche Arbeiter abgefeuert wurden, sind ein neues ernstes Warnungssignal für das verzweifelt um seine Existenz ringende Deutschland diesseits und jenseits der durch Versailles geschaffenen verbrecherischen Grenze im Osten. Denn hinter diesen Schiffen verbirgt sich mehr als ein schwerer Grenzzwischenfall: Das Deutschland ist zum Feind für Polen geworden! In allen Fronten: in Danzig, Pommern, Posen, Ostoberschlesien und Kongresspolen holt Warschau zu einem vernichtenden Schlag gegen das von seiner Heimat getrennte Deutschland aus, um nach der politischen und wirtschaftlichen Unterdrückung auch die letzten Reste vollständiger Eigenart auszurotten. Das Volkwerk des deutschen Ostpoleniers, das Schulwesen, soll endgültig „liquidiert“ werden. Ein ganzes Schattwerk niederträchtiger Schikanen und brutaler Methoden steht zu diesem Zwecke zur Verfügung. Deutsche Gymnasien in Klonik und Dirschau wurden unter der „Begründung“ geschlossen, daß die Räume für die Schüler nicht ausreichend seien — dieselben Räume waren dann für polnische staatliche Handelsschüler gut genug! Einem halben Dutzend bewährter deutscher Pädagogen in Bromberg, die sich niemals politisch betätigt hatten und als Vorbilder staatlicher Loyalität galten, entzog man die Unterrichtsurlaubnis, da sie ein nach dem neuen polnischen Schulgesetz erforderliches Zeugnis über „moralisches und einwandfreies Verhalten gegenüber der Republik“ nicht ausgehändigt bekamen. Wer nicht sein Deutschland abswört und sich nicht dem polnischen Adler mit Haut und Haaren verschreibt, ist „illoyal“. Wenn nichts anderes hilft, greift man zu noch „bequemerem“ Mittel: So ließ man in einem Dorfe des Nehebruges einen beliebigen deutschen Lehrer, der sich beneidenswerter Gesundheit erfreute, durch eine Ärztekommmission untersuchen und bei ihm „eine beginnende Arterienverfälschung“ feststellen, worauf man ihn wegen Dienstuntauglichkeit pensionierte! Solche Fälle sind an der Tagesordnung. Am häufigsten schikanieren man die Deutschen mit einer Gesetzesbestimmung, wonach Kinder aus Gemeinden ohne deutsche Schulen nicht in Nachbargemeinden untergebracht werden dürfen, um dort ja nicht die für eine Schule notwendige Kinderzahl von 40 Kindern zu erhöhen. (Preußens Minderheitenschutzverordnung erlaubt die Eröffnung einer Schule bei sieben Kindern!) Aber diese kleinen Einzelheiten verblissen vor dem brutalen polnischen Vorgehen in Wolhynien, wo man sämtlichen deutschen Kantoren unter Verufung auf das neue Schulgesetz die Lehrtätigkeit unterlagte, die Ärmsten drohtlos machte und Tausenden von deutschen Kindern den Unterricht in der Heimatsprache raubte. Mit einem geradezu teuflischen Sabotismus wurde so deutsches Kulturgut zerstört, denn seit fast einem Jahrhundert hatten die wohnhaften Kantoren in ihren Schulen ihren Stolz dargelegt, die Kinder in der Sprache und im Glauben ihrer Väter zu erziehen. Ein unentwegter Vorkämpfer des Deutschtums, der Abgeordnete im Warschauer Sejm, Graebe, hat jetzt an den Genfer Völkerbundrat telegraphiert und warnend auf die Erdrosselung des deutschen Schulwesens in Polen hingewiesen. Aber Genf hat Zeit.

Der Völkerbund, der „Hüter“ der Minderheitenschutzverträge, hat geräumige Schubfächer in seinem Sekretariat für derlei „lästige“ Klagen. Man hat schließlich eine gewisse Routine bekommen. Wer hört noch etwas von den Verfolgungen der Ukrainer durch Polen oder der Mazedonier durch die Serben? Genügen die Schubfächer und die Papierkörbe nicht, so gibt es ja noch die offiziellen „Beerdigungs“-Institute, die Kommissionen, in deren Schoß die Minderheitenbeschwerden nach vollzogenem Selbstmord gewöhnlich die Auferstehung feiern. Erst jetzt, auf der letzten Völkerbundtagung, hat man ja die Beschwerde der Deutschen in Polen über die rigorose Entwurzelung deutschen Grundbesitzes durch die berüchtigte Warschauer Agrarreform von der Tagungsordnung abgesetzt und die Behandlung der Klage bis zur nächsten Tagung verschleppt. Denn was kommt es schon darauf an, wenn die Beschwerde sowieso schon seit anderthalb Jahren der Genfer Bürokratie vorliegt? Vergeblich hat der deutsche Vertreter eine Verbesserung des Minderheitenschutzverfahrens beantragt. Der Völkerbundrat hörte sich lieber das arrogante Plaidoyer des Herrn Jalesti aus Warschau an, das er ausgerechnet für die Beschwerde des Oppelner Polenbundes, der notorisch auf deutschem Boden gegen Deutschland heßt, einlegte, um „die unterdrückten Mitbürger in Oberschlesien“ zu retten!

Aber warum soll Genf schließlich nur Polen den Rücken stärken. Der slawische Bruder in Prag geht zu immer schamloseren Unterdrückungsmaßnahmen gegen das Sudetendeutschum vor. Nachdem erst kürzlich der tschechische Chauvinismus seinen Triumph in den Zuchthausurteilen des Brünner „Volkssportprozesses“ feierte, wird jetzt in der gleichen urdeutschen Stadt ein neuer Schauprozess zur Ablenkung von den innenpolitischen Vorgängen in Szene gesetzt. Wieder steht sudetendeutsche Jugend in dem neuen „Jungsturmprozess“ unter der Anklage des „Hochverrats“ vor der tschechischen Justiz. Wieder besteht das „Verbrechen“ darin, daß diese jungen Menschen gemeinsam deutsches Kulturgut und den Gedanken großdeutscher Verbundenheit pflegten. Aber nicht nur im Osten und Südosten steht das Deutschland unter der Knute der Fremdherrschaft. Aus dem Westen, wo gerade die Deutschen Eupens und Malmedys bei den belgischen Gemeindevahlen ein großartiges Verbleibnis zur Heimat ablegten, kommen gefährdende Nachrichten. Im Elsaß, das Herr Herriot erst kürzlich wieder als „französisches Land“ bezeichnete, scheint den Heimatrechtlern eine neue Verfolgungssaktion bevorzustehen. Eine Reihe autonomistischer Beamter wurde aus dem Dienst entlassen, und der Anstalt zur Nebelung der heimattreuen Presse wurde mit dem Verbot eines Wipplattes gemacht. Bezeichnenderweise hat man ein französisches Gegenblatt herausgebracht, das in der letzten Nummer als Titelbild drei junge Elsaßer — am Exekutionspfahl zeigt, erschossen wegen Hochverrats und Desertion, wie die Inschriften über den Leichen erläutern. Vorn auf dem Bilde aber erblickt man den bekannten Colmarer Abg. Joseph Kossé, der seinerzeit „wegen Komplotts“ verurteilt wurde. Glauben Herr Herriot und seine Ratgeber am Quai d'Orsay nicht auch, daß sie mit diesen Methoden, die eines Poincaré würdig sind, den elsässischen Heimatrechtlern und ihrer Sache mehr nützen als schaden?

Wirtschaftsbelebung und Gemeindefinanznot.

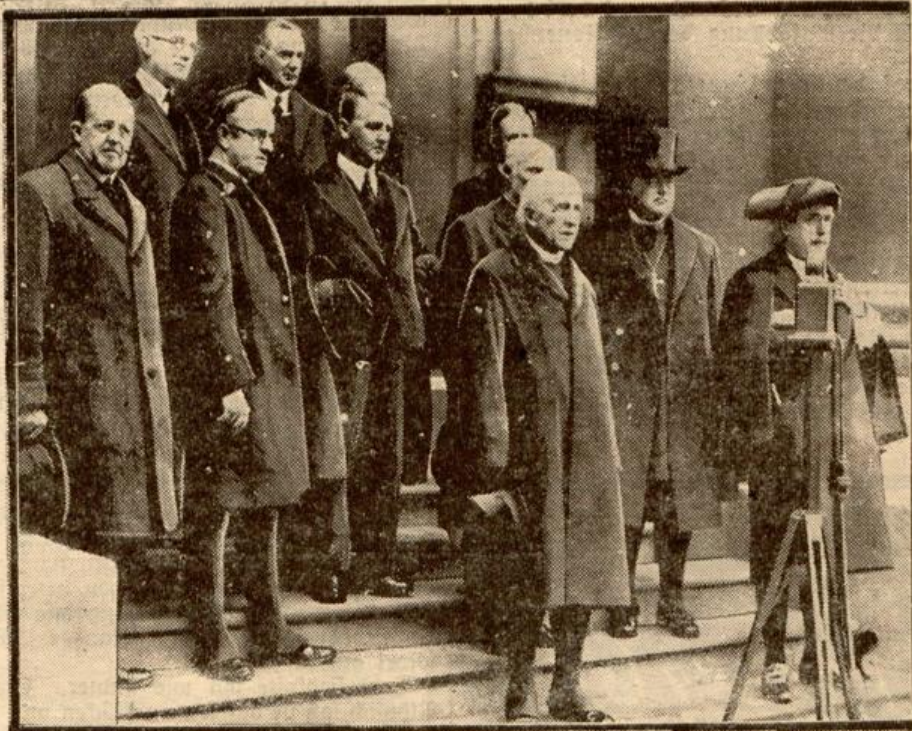
Der Lippische Landgemeindevorstand hielt seine diesjährige Hauptversammlung am Sonnabend, den 22. Oktober, in Lemgo ab. Im Mittelpunkt der Tagung stand ein Vortrag des geschäftsführenden Präsidenten des Preussischen Landgemeindetages Dr. Götze über „Wirtschaftsbelebung und Gemeindefinanznot“. Den bemerkenswerten Ausführungen lag folgender Gedankengang zu Grunde:

Aus dem Riesenkonglomerat der innen- und außenpolitischen Sorgen, die auf den Schultern des deutschen Volkes lasten, ragen die beiden Probleme der Wirtschaftsbelebung und der Beseitigung der Gemeindefinanznot als besonders schicksalsschwer heraus. Gemeinden und Wirtschaft sind durch unzählige Wechselbeziehungen so miteinander verflochten, daß eine Lösung der einen Frage ohne eine befriedigende Regelung der anderen nicht möglich ist. Zweifellos ist richtig, daß die Anfurberung der Wirtschaft für die Entwicklung der Gemeindefinanzen von entscheidendem Einfluß ist, aber ebenso richtig ist, daß ohne eine Gesundung der gemeindlichen Finanzwirtschaft jedes Wirtschaftsprogramm zur Erfolglosigkeit verurteilt sein wird. Die bisherige Entwicklung hat gezeigt, daß durch das Finanzelend der Gemeinden die Entlastungsmöglichkeit der Wirtschaft aufs stärkste gehemmt wird. Das Aufbauprogramm der Reichsregierung hat daher nur dann einen Sinn, wenn es gelingt, die öffentlichen Haushalte in Ordnung zu bringen. Die Wiederherstellung des allgemeinen Vertrauens, auf dessen Grundlage das Ziel des Konjunkturaufschwunges erreicht werden kann, läßt sich nur durch eine Neufundierung der gemeindlichen Finanzwirtschaft beschleunigen. Gerade bei dieser Zielsetzung sind die Interessen der Wirtschaft und der Gemeinden völlig übereinstimmend. Man mag darüber streiten, ob aus der Privatwirtschaft allein heraus die wirtschaftliche Depression beseitigt werden kann, auf alle Fälle muß man wenigstens die Hemmnisse der Privatwirtschaft zu vermeiden suchen, die ihr durch die Unordnung der öffentlichen Haushalte erwachsen. Möglichst rasche Beseitigung der bestehenden Störungsmöglichkeiten wird der Wunsch aller derjenigen sein, die an dem entschlossenen Versuch zur Überwindung der Krise ernsthaft mitwirken wollen. Auch die Landgemeinden sind bereit, an dem Aufbauprogramm der Reichsregierung wirksam mitzuarbeiten. Sie begrüßen die Anfurberungsaktion der Reichsregierung schon aus der Erkenntnis heraus, daß Not und Verzweiflung zu groß sind, als daß man nicht Genugtuung empfinden müßte über jeden Plan zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Überwindung der Winternot.

Vom Standpunkt der Gemeinden ist für die Beurteilung des Aufbauprogramms entscheidend, in welchem Ausmaß die Zahl der Wohlfahrtsdienstverlorenen durch Neueinstellungen herabgemindert wird. Wenn auch erfreulicherweise die Welle der Arbeitslosigkeit zum Stehen gebracht ist, so erscheint es doch fraglich, ob Wagemut und Einsicht des Unternehmertums so groß sind, daß durch seine Initiative allein das Schicksal von Wirtschaft und auch von den

Gemeinden in letzter Stunde gewendet werden kann. Die Landgemeinden glauben, daß eine Ergänzung des Aufbauprogramms durch kommunale Arbeitsbeschaffung notwendig ist. Ausreichende Vorschläge sind der Reichsregierung unterbreitet worden, die sobald wie möglich verwirklicht werden müssen. Bei der engen Verbundenheit zwischen Wirtschaft und Gemeinden wird aber die ganze Anfurberungsaktion, die eine geordnete Haushaltswirtschaft zur Voraussetzung hat, ein Torchluss bleiben, wenn nicht gleichzeitig eine Besserung der gemeindlichen Finanzwirtschaft eintritt. Während nun das ganze Interesse sich auf die Wirtschaftsbelebung richtet, ist die Erörterung über die Gemeindefinanzen leider völlig in den Hintergrund getreten. Nach klarer Beweisführung durch die kommunalen Spitzenverbände, daß durch die Reichswohlfahrtshilfe in Höhe von 672 Millionen RM und die äußere Begrenzung des gemeindlichen Anteils auf 680 Millionen RM die Finanznot der Gemeinden nicht beseitigt wird, da die zugrundegelegte Zahl der Wohlfahrtsdienstverlorenen und der Unterstützungsaufwand zu niedrig berechnet sind, und außerdem infolge Herabsetzung der Unterstützungssätze den Gemeinden eine Mehrbelastung durch die notwendig gewordenen Zusatzunterstützungen entstanden ist, wäre es verhängnisvoll, wenn das Reich glauben sollte, daß durch die neuerdings erfolgte Erhöhung der Monatsquote der Reichswohlfahrtshilfe die Finanzen der Gemeinden sichergestellt seien. Aufseiner will man abwarten, inwieweit in den nächsten Monaten eine Entlastung der Gemeinden durch die Erweiterung der Arbeitsmöglichkeiten eintritt. Eine solche Erleichterung der Gemeindefinanzen wäre jedoch nur dann zu erwarten, wenn das Reich der Forderung der Gemeinden auf stärkere Beschäftigung der Wohlfahrtsdienstverlorenen bei öffentlichen Arbeiten Rechnung tragen würde. Leider ist aber ein entsprechender Antrag der kommunalen Spitzenverbände abgelehnt worden. Nach wie vor erscheint auch den Landgemeinden die Erhaltung einer geordneten Finanzwirtschaft nur möglich, wenn die organisatorische und finanzielle Neuregelung der Arbeitslosenhilfe baldigst durchgeführt wird. Wenn man diese alte Forderung auf Zusammenfassung der Dreiteilung in der Arbeitslosenhilfe immer noch nicht erfüllen will, so wird eine Erhöhung der Wohlfahrtsdiensthilfe unter Berücksichtigung der schwer belasteten Landgemeinden bei ihrer Verteilung nicht zu umgehen sein, wenn der Zusammenbruch der Gemeinden verhütet werden soll.

Die Notrufe zahlreicher Gemeinden sind Sturmzeichen, die die Reichsregierung nicht übersehen darf. Die dringendste staatspolitische Gegenwartsfrage ist und bleibt die Wiedereinordnung von Arbeitslosen in den Produktionsprozeß. Durch ihre Lösung wird das Schicksal von Wirtschaft und Gemeinden in gleicher Weise entschieden. Bei dieser Schicksalsverbundenheit gilt es für Wirtschaft und Gemeinden, gleiche und gemeinsame Arbeit zu leisten, damit das Ziel des Aufbauprogramms voll und ganz erreicht wird.



Englische Geistliche fordern von der Regierung die Abrüstung.

Eine Abordnung von Kirchenführern aller englischen Bekenntnisse hat dem Ministerpräsidenten MacDonald einen Besuch abgestattet und ihn aufgefordert, endlich mit der

Abrüstung zu beginnen. Man habe bereits vor 13 Jahren in Versailles die Abrüstung versprochen, bis jetzt jedoch nur aufgeschoben.

Arbeitsmarktbericht.

Das Landesarbeitsamt Westfalen berichtet über die Lage auf dem westfälisch-lippischen Arbeitsmarkt für die Zeit vom 1. bis 15. Oktober 1932:

Die Rückläufigkeit der Zahl der Hauptunterstützungsempfänger im Bezirk des Landesarbeitsamtes Westfalen hat auch in der ersten Oktoberhälfte in einem wider Erwarten starken Ausmaß angehalten. Sie beträgt nunmehr 147 407, von denen 41 201 (Rückgang 3132) auf die Arbeitslosenversicherung und 106 206 (Rückgang 5865) auf die Krisenfürsorge entfallen, insgesamt also ein Abgang um rd. 9000, der die erfahrungsgemäßen gleichzeitigen Zugänge in der Wohlfahrt um etwa das Doppelte überwiegen dürfte. Für die einzelnen Unterstützungsarten ergeben sich damit im Laufe des letzten halben Jahres folgende Bewegungen:

Hauptunterstützungsempfänger in der			
	Arbeitslosenversicherung	Krisenfürsorge	Wohlfahrtsdienstverlorenen
15. 4. 1932	107 166	148 799	ca. 205 000
15. 10. 1932	41 201	106 206	„ 236 000
Zu- bzw. Abnahme:	— 65 965	— 42 593	plus „ 31 000

Selbst wenn man in Betracht zieht, daß durch die neuen Grundzüge der Anerkennung der Wohlfahrtsdienstverlorenen ca. 20 000 ehemalige Wohlfahrtsdienstverlorenen ausgeschieden sind (die allerdings zum großen Teil als ehemals selbständige Gewerbetreibende gar keine Arbeitnehmer waren) ergibt sich im Zeitraum des letzten halben Jahres noch ein Rückgang der Unterstützungsempfänger in allen drei Unterstützungsarten um rd. 57 000. Dieser Rückgang

ist z. T. bewirkt durch die Verschärfung der Voraussetzungen des Unterstützungsbezuges, andererseits aber auch durch künstliche Arbeitsbeschaffung (Zunahme der Notstandsarbeiten und des freiwilligen Arbeitsdienstes) und durch Aufnahme freier Arbeit.

Das besondere Charakteristikum der Arbeitsmarktlage der letzten Monate ist eine trotz großer Fluktuation behauptete Stabilität. War auch die Frühjahrsbelebung infolge völligen Darniederliegens der typischen Saisonaußenberufe erheblich geringfügiger als im Vorjahre, so vermochte sich doch die Zahl der Beschäftigten den ganzen Sommer hindurch sehr stabil zu erhalten. Das war in den beiden Vorjahren nicht der Fall. Vielmehr setzte sofort nach der Frühjahrsbelebung sehr schnell wieder die konjunkturell bedingte Rückläufigkeit der Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer ein.

Beschäftigte Arbeitnehmer im Landesarbeitsamtsbezirk Westfalen:

	1930	1931	1932
31. Mai	1 350 000	1 140 000	942 000
30. September	1 273 000	1 055 000	948 000
Zu- bzw. Abnahme	— 77 000	— 85 000	pl. 6 000

Die Zunahme von 6000 Beschäftigten (die erst im September erzielt wurde) ist auf die Mehreinstellungen auf Grund der Notverordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit zurückzuführen. Da die Zunahme zahlenmäßig ungefähr den tatsächlich erfolgten — auch vom Schlichter gemeldeten — Mehreinstellungen entspricht, kann aus diesen Zahlen geschlossen werden, daß sich bisher weder ein konjunktureller Rückgang noch saisonmäßige Abschwächungen den arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen zur Belebung der Wirtschaft in den Weg gestellt haben. Die

manchmal wurde es so, daß man danach zu tanzen an-
ging. Und zu dem Klavier gesellte sich nicht selten eine
Geige und ein Cello, und es gab einen köstlichen Abend
mit Duos und Terzetten. Und noch eines anderen In-
strumentes muß gedacht werden, eines Instrumentes, das
in manchem Hause auch heute noch gern gespielt wird
und große Freude bereiten kann: die Ziehharmonika ist
das, das Schifferklavier, wie viele es nennen, weil es auf
den großen Klüpfeln in den Abendstunden oft von den
Schiffen gespielt wird.

Musik im Hause! Jeder wird sicher irgendeinmal
an sich selbst erfahren haben, daß er nach des Tages Mühe
und Last in seinen vier Wänden Verabigung der Nerven
und Erholung wiederfindet, wenn eine schöne, gute Musik
ertönt. Wilhelm Busch hat die Verse gedichtet:
„Musik wird oft nicht schön gefunden, weil sie stets mit
Geräusch verbunden“, aber diese Verse waren sicher nicht
schlecht gemeint. Für die Hausmusik können sie über-
haupt nicht gelten. In diesem Zusammenhange müssen
auch die größten Hausmusikpender unserer Tage und
Nächte erwähnt werden: das Grammophon und der
Rundfunk. Grammophon und Radioapparat sind vielleicht
nicht jedermanns Sache, aber sie sind trotzdem zu rühmen,
weil sie es den Bewohnern der fernsten und kleinsten Orte
ermöglichen, an den Musikereignissen der großen Städte
teilzunehmen: sie tragen Opern- und Konzertmusik von
weit draußen in das traute Heim. Ein Heim ohne Musik
ist heute kaum noch denkbar, und gerade in unserer
schweren Zeit, in der das Leben zu einer Sehnsucht um das
tägliche Brot geworden ist, ist Musik doppelt notwendig.
Weilen wir also bei unserer Hausmusik, lassen wir
sie uns auch durch Buschs Spottverse nicht verleiden, und
wenn sich auch jetzt noch in Deutschlands Familien musik-
freundliche Menschen an diesen langen Abenden zu einem
Terzett oder Quartett zusammenfinden, so ist das aufs
Herzlichste zu begrüßen.

—* **Inbetriebnahme der neuen Rundfunksender Leipzig
und Frankfurt (Main).** Nachdem die betriebsmäßige Er-
probung des neuen Großrundsenders Leipzig einwand-
frei verlaufen ist, wird der Sender auf der bisherigen
Frankfurter Welle 770 kHz (889,6 m) am 28. Oktober, mit
dem Tagesprogramm beginnend, in Betrieb genommen.
Gleichzeitig damit wird auch der neue Rundfunksender
Frankfurt (Main) auf der bisherigen Leipziger Welle 1157
kHz (259,3 m) seine Tätigkeit aufnehmen.

—* **Aufgaben der deutschen Handelspolitik.** Im Rah-
men der Vortragsreihe für Angestellte, die von der Akade-
mie für Staatsbürgerkunde veranstaltet wird, spricht
am Donnerstag, den 27. Oktober Dr. Bödenhoff, Assistent
am Institut für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften der
Universität zu dem obigen Thema. Der Vortrag findet
im Institut für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften,
Münster i. W., Johannisstraße 9 statt und beginnt um
20,30 Uhr.

—* **Stadttheater Hagen.** Spielplan vom 24. bis
30. Oktober. Montag, 24. Oktober, 20—23 Uhr „Der
Waffen Schmied“, Oper. Dienstag, 25. Oktober, 20—23
Uhr „Wenn die kleinen Weiden blühen“, Operette.
Mittwoch, 26. Oktober, 15—16 $\frac{1}{2}$ Uhr, für Kinder
Märchenvorstellung zu kleinen Preisen, „Athenbrödel“
Märchen. 20—23 Uhr, Westfälische Erstaufführung
„Mister Wu“, Oper. Donnerstag, 27. Oktober, 15—
17 $\frac{1}{2}$ Uhr, Geschlossene Vorstellung, „Hurra, ein Junge“,
Schwank. 20—22 $\frac{1}{2}$ Uhr zu kleinen Preisen, zum letzten
Male „Charleys Tante“, Schwank. Freitag, 28. Okt.,
20—22 $\frac{1}{2}$ Uhr Gastspiel „Russisches Ballett von Monte
Carlo“ (Gr. Orchester). Samstag, 29. Oktober, 20—
23 Uhr „Wenn die kleinen Weiden blühen“, Operette.
Sonntag, 30. Oktober, 15—18 Uhr, Vorstellung für den
Eisenbahnerverein, „Der Waffen Schmied“, Oper. 19 $\frac{1}{2}$ —
22 $\frac{1}{2}$ Uhr, „Wenn die kleinen Weiden blühen“, Operette.

Halver

—(**Zur Wahl der Gemeindevertretung der evange-
lischen Kirchengemeinde Halver** ist eine Einheitsliste zu-
standegekommen. Die Frist zur Einreichung von Wahl-
vorschlägen lief mit dem gestrigen Tage ab. Ein Aufruf,
in dem der Kirchenrat sich an die Wähler wendet, kam im
gestrigen Gottesdienst nach der Predigt zur Verlesung.

—(**Hohes Alter.** 82 Jahre werden am Freitag, dem
28. Okt. Friedrich Dienstl, Halver, Lohstraße und
Witwe Maischein, Halverscheid. Am gleichen Tage
vollendet Witwe Justine Kautner, Halver, Ver-
linderstraße, (Jägerhaus) ihr 79. Lebensjahr. Den drei
Hochbetagten unsere herzlichsten Glück- und Segenswünsche!

—(**Empfindlich geschädigt** wurden mehrere Land-
wirte unserer Gemeinde. Wie bereits gemeldet, verun-
glückte Anfang voriger Woche dem Landwirt Cramer in
Wagdeide ein wertvolles Pferd tödlich. Ende der Woche
wurden die Landwirte Fr. Lamsberg in Eversberg und
Wwe. Dahlhaus-Hürltal durch Eingehen je eines Pferdes
empfindlich geschädigt. Auch hier handelt es sich um
wirklich wertvolle Tiere, die nicht versichert waren.

— In unserer nächsten Ausgabe bringen wir eine
Artikelserie über die geographische und geologische Lage des
Hülls aus der Feder von Waldemar Küther, Hagen,
Mitglied des Hauptverbandes deutscher Höhlenforscher.

— **Breite-Lichtspiele.** „Das Land des Lächelns“ nach
der weltberühmten Operette von Franz Lehár, ein Ton-
film, in dem Richard Tauber singt wurde am gestrigen
Sonntag im Haus zur Fuhr zur Aufführung gebracht. Die
Nachmittags- wie auch die Abendvorführung fand bei
gutbesetztem Hause statt. — Am heutigen Montag abend
8 Uhr findet noch eine Vorführung mit demselben Pro-
gramm statt, sodas jedem noch Gelegenheit geboten ist,
sich dieses wunderbare Filmwerk anzusehen.

— **Oberbrügge.** Das Alte stürzt. Die Kamine der
alten Ziegelei in der Bömmelbach, die zu den Besitzungen
der Firma Kuhbier & Sohn in Dahlebrück gehören, muß-
ten, da sie baufällig waren, abgebrochen werden. Der
eine der Kamine wurde durch eingetriebene Teerkeile,
die angebrannt wurden, gestützt. Der andere der Kamine muß,
er bereits zu schlecht ist, von oben abgebrochen werden.
Ein ansehnliches Stück Arbeit, da der Kamin eine Höhe
von etwa 50 Metern hat.

—: **Oberbrügge. Schulangelegenheit.** Bekanntlich ist
Herr Lehrer Rittinghaus am 1. Okt. d. J. in den Ruhe-
stand getreten, weil er glaubte, infolge seiner Krankheit,
den Anforderungen nicht mehr gerecht werden zu können.
Der Elternbeirat der Schule zu Oberbrügge hat sich in
seiner letzten Sitzung, mit der Neubesehung der von Herrn
Lehrer Rittinghaus besetzten 1. Lehrerstelle befaßt, ein-
mütig war man der Meinung, daß Gemeinde und die son-
stigen Schulbehörden dem jetzigen 2. Lehrer, Herrn August
Freund, der voraussichtlich bis Jahresende die beiden
Schulklassen betreuen muß, die erste Lehrerstelle übertragen

würde, da sich Herr Freund während seiner Tätigkeit viele
Freunde erworben hat, ein Zeichen, daß man mit der
Auswirkung seiner Tätigkeit durchaus zufrieden ist.

—: **Oberbrügge.** Der Sportverein Oberbrügge hat
bei der Anlage seines Sportplatzes, der am Sonntag, dem
30. d. M. eingeweiht werden sollte, keine gute Hand gehabt,
was Kenner der Verhältnisse bereits voraus sagten, ist nun-
mehr, nach den ergebnissen Regentagen bereits eingetreten.
Der Sportplatz ist durch das Hochwasser der Volme bereits
überflutet und sehr beschädigt, es wird harte Arbeit der
Mitglieder des Sportvereins kosten, um den Schaden wieder
zu beheben und den Platz zur Einweihung wieder spieles-
fertig zu machen.

Schalksmühle

—: **Gründungsversammlung des Strandbadesvereins
Schalksmühle, Errichtung des Strandbades „Hälbertal“.**
Am Kriegesortlichen Saale fand eine sehr gut besuchte
Versammlung von Interessenten zwecks Gründung eines
Strandbadesvereins statt. Namens des vorbereitenden Aus-
schusses begrüßte der Vorsitzende Postmeister Grundmann
die Erschienenen und stellte nach kurzen Erläuterungen
fest, daß alle Anwesenden für die Gründung eines Strand-
badesvereins waren und sofort die Wahl eines provisori-
schen Vorstandes vorzunehmen sei. Die Wahl des 1.
Vorsitzenden fiel auf Vorschlag des vorbereitenden Aus-
schusses auf Herrn Rektor Wühlen, der auch sogleich den
Voritz und die Versammlungsleitung mit Worten des
Dankes für das Vertrauen übernahm. Zugleich brachte
er auch den Dank an Postmeister Grundmann zum Aus-
druck, dessen Initiative es zu verdanken ist, daß die Strand-
badfrage überhaupt so weit gediehen ist. Gemeindevor-
steher Diergarten bekräftigte diese Dankesworte noch. Re-
ktor Wühlen ging nun in längeren Ausführungen auf die
Notwendigkeit der Errichtung eines Strandbades ein. Es
gelte in erster Linie der Heimat das Baden zu ermöglichen
und dann auch den vielen Fremden, die Schalksmühle mit
Vorliebe zu ihrem Erholungsort wählten, Badegelegenheit
zu geben. Etwaigen Einwänden gegenüber, daß gerade in
dieser Notzeit man an den Bau des Strandbades heran-
gehe, verstand er die unbedingte Notwendigkeit ins rechte
Licht zu stellen. Unsere Nachkommen würden das in
ehrende Erinnerung bringen und halten. Zum Schriftführer
wurde dann Eugen Gillemann und zum Kassierer Ludwig
Berg gewählt. Zu Beisitzern wurden aus allen Berufs-
schichten bestimmt: Postmeister Grundmann, Gemeindevor-
steher Diergarten, (Schalksmühle), Gemeindevorsteher
Dannenberg, (Gemeinde Hüllscheid), Th. Schulz, W. Ver-
meides, Emil Bedder, H. Löwen, Albr. Jung, Lehrer Trapp-
mann, Hugo Becker, H. Vikus, K. Borsfeld, K. Schröder,
K. Eider, Alfred Bornmann und Dr. Feldermann. Ein-
stimmig wurde dann wiederum die Errichtung des Grund-
stücks der Firma Busch & Jaeger unterhalb der Polizei-
station im Hälbertal beschlossen, welches geradezu die
ideale Lage biete, obwohl noch gewaltige Erdbewegungen
erforderlich sind. Der Kaufpreis stellt sich demgegenüber
bei einer Größe von fast 12000 Quadratmetern mit
7000 RM als überaus günstig. Eine längere Aussprache
entstand sich über die Benennung des Strandbades, wonach
doch noch einmütig das Strandbad mit dem Namen Strand-
bad „Hälbertal“ Schalksmühle aus der Taufe gehoben
wurde. Ueber 80 Mitglieder gaben schon ihre Zustimmung
schriftlich zum Strandbadeverein Schalksmühle, der ins
Vereinsregister eingetragen werden soll. Der Mitgliederbei-
trag wurde auf jährlich 1 RM und halbjährlich auf 50 Pfg.
festgesetzt. Es ist durch den niedrigen Beitrag jeder über 18
Jahre alten Person die Möglichkeit gegeben, Mitglied zu
werden. Die weitere Werbung hat der provisorische Vor-
stand übernommen, die von Haus zu Haus ausgeht werden
wird. Bis zum Schluß dieses Jahres werden 25 Pfg.
gezahlt. Die ganze Versammlung war von dem unbeug-
samen Willen beseelt, den Kauf des Grundstücks und den
Bau des Strandbades mit aller Energie durchzuführen.
Der prob. Vorstand hat alle Vorarbeiten zur Beschaffung
des Kapitals in die Hand genommen, wozu wohlwollende
Stellen und Personen bereits vorhanden sind und in
Ausficht stehen. Außerdem ein Problem mit Anteilsschei-
nen ausgearbeitet werden. Die Anteilsscheine, deren Größe
unbegrenzt bleibt, sind in Form von Arbeitsstunden, wozu
sich die Mitglieder hergeben, oder in entsprechendem Geld-
wert vorgehen. Auch Nichtmitglieder können solche Anteil-
scheine erwerben. Vom Bauamt des Amtes Halver wird
der Bauplan ausgearbeitet, der für die Ausführung der
Mittel die Unterlagen bilden muß. Ueber das Ergebnis der
geleiteten Vor- und Weiterarbeit berichtet der prob. Vor-
stand in einer baldigen Mitgliederversammlung. Mit einem
überzeugten Mahnruf an alle, mitzuhelfen am Bau des
Strandbades und dem Strandbadeverein beizutreten, schloß
der Vorsitzende die von selten einmütigem Geist getragene
Versammlung.

Dahlebrück

—: **Die Milch auf der Straße.** Dem Landwirt
G. von Wahnscheid ging sein noch junges Pferd auf der
verkehrsreichen Volmestraße durch, als er es für einen
Augenblick an der Fußschiene vom Hofe stehen ließ.
Das schen gewordenen Pferd rannte mit der Milchkarre
die Volmestraße hinunter. Unterhalb des Warmwalz-
werks G. Kuhbier & Sohn kam es dem Felsen zu nahe,
wodurch der Karren umkippte und ein Teil der Milch
über die Straße floß. Das Pferd wurde angehalten.
Außer Materialschaden ist niemand zu Schaden gekom-
men. — Einem Lieferwagen von auswärts brach an der
Warmwalze bei mäßiger Fahrt die Hinterachse. Eine
Verkehrsstörung trat nicht ein. Der Wagen wurde ab-
geschleppt.

Breckerfeld

—: **Das Pferd eines hiesigen Bäckereibesitzers** schen-
te auf der Epischeiderstraße und ging mit dem Fuhrwerk durch.
Auf nicht geklärte Weise löste sich ein Rad am Wagen, wo-
durch das Pferd zu Fall kam. Glücklicherweise wurden keine
nennenswerten Schäden festgestellt.

Brügge

—: **Betriebsstörung.** Durch den Regen sind Volme und
Elserbach stark im Steigen begriffen. Durch den starken
Andrang des Wassers sind anliegende Hammerwerke in
Mitleidenschaft gezogen worden. Ein Wert mußte die Häm-
mer bereits stillsetzen und die Arbeit ruhen lassen.

Kierspe

—: **Vollme.** Der MGS. Vollme, dessen bisheriger
Leiter, Herr Lehrer August Freund sein Amt als Chorleiter
aus beruflichen Gründen zur Verfügung gestellt hatte,
wählte als neuen Chorleiter Herrn Lehrer Karl Krüger,

Schmidthausen, der bereits einmal dem Verein vorgestanden
hat.

—: **Meinerzhagen.** Ein Autounfall, der für den betr. Wa-
genführer überraschend glimpflich verlief, ereignete sich
Freitag nachmittag um 2 Uhr unterhalb Scherlerwieben.
Ein schwerer Lastwagen mit Anhänger einer Bohrwinkel
Firma kam leer die Straße von Scherl herabgefahren.
Plötzlich geriet der Anhänger ins Schleudern, riß rechts
zwei Straßenbäume ab und bohrte sich mit den Vorder-
rädern tief in das Mfer auf der rechten Straßenseite.
Durch den Anprall riß die Verbindung mit dem Kraft-
wagen. Infolge der Erschütterung fiel ein Begleiter des
Wagenlenkers, der im Verdeck des Führerstandes geschlafen
hatte, auf den Chauffeur. Letzterer, schon durch das Schleu-
dern des Anhängers aufgeregt, verlor die Gewalt über die
Steuerung. Der Lastwagen fuhr quer über die Straße nach
links, warf dort einen Straßenbaum um und saufte die
mindestens 3 Meter hohe, steile Böschung hinunter. Glück-
licherweise kam der schwere Wagen in glatter Fahrt unten
an, bis der weiche Wiesenboden der Weiterfahrt ein Ende
machte. Der Fahrer und sein Begleiter mögen wohl in
tausend Nengsten geschwebt haben; sie blieben aber unber-
lest, nur der Wagen war leicht beschädigt. Mit eigener
Kraft und mit Vorpann von 4 Pferden konnte der Last-
wagen durch die Wiese bis nach Scherlerwieben fahren,
wo er die besetzte Straße wieder erreichte. Dort wurden
die Schäden behoben, und bei Eintritt der Dunkelheit
konnte die Weiterfahrt nach Bohwinkel vor sich gehen.

—: **Lüdenscheid.** Ein Baum rief sie dem Sturmwet-
ter der jüngsten Tage zum Opfer. Es ist die uralte Buche,
die in der Nähe von Schloß Dedenthal am Wege nach
Othlinghausen steht. Ihr Alter wird auf mehrere Jahr-
hunderte geschätzt, trotzdem war sie noch kerngesund, aber
ihre Wurzeln waren stark freigelegt, so daß der mächtige
Laubries dem Sturm nicht mehr standhalten konnte. Seine
Höhe betrug zwischen 35 und 40 Meter, in Manneshöhe
hatte der Stamm einen Umfang von etwa 6 Metern, die
Wurzeln ragen 5 Meter in die Höhe. Unter den Bäumen
des Kreises Altena, die unter Naturschutz gestellt sind, be-
fand sich auch die nunmehr gestürzte Buche. Sie war ein
Wahrzeichen der Schloßbesitzung von Dedenthal; unter
ihrer mächtigen Krone hat mancher Gefangener seine
Weisen erschallen lassen.

—: **Lüdenscheid.** Bau eines Flughafens im Amts-
bezirk Lüdenscheid. Die Verwaltung des Amtes
Lüdenscheid hatte schon vor längerer Zeit angeregt, in der
in der Nähe der Stadt Lüdenscheid gelegenen Ortschaft
Heedfeld, gehörig zum Amt Lüdenscheid, einen Flughafen
anzulegen. Nachdem diesem Plane die Amts- und Ge-
meindevertretungen als auch der Bund der Flieger Lüden-
scheids lebhaft zugestimmt hatten, fand am gestrigen Tage
eine Besichtigung des in Aussicht genommenen Geländes
durch den Landrat des Kreises Altena, Dr. Fuchs, dem Lei-
ter des Dortmunder Flughafens Major Sommer und dem
Bürgermeister des Amtes Lüdenscheid, Weiland, statt. Von
dem Sachverständigen, Major Sommer, wurde das Gelände
als sehr geeignet für die Errichtung eines Flugplatzes er-
klärt, so daß nunmehr die baldige Errichtung als fest-
stehend anzusehen ist. Die notwendigen Planierungsarbei-
ten sollen im Wege des freiwilligen Arbeitsdienstes er-
folgen. Wann die Arbeiten in Angriff genommen werden,
steht noch nicht fest, doch sollen diese mit größter Be-
schleunigung erfolgen.

—: **pn. Hagen.** Neuer Raubüberfall. Zwei Burschen
sprach in der Hubertusstraße, abends 7,45 Uhr eine
ältere Frau an und erkundigten sich nach einer Familie,
die angeblich in der Straße wohnen sollte. Während die
Frau ihnen klar machte, daß eine Familie des angege-
benen Namens ihr unbekannt sei, entriß einer der Bur-
schen ihr die am Arm hängende braune Handtasche in
der sich 14 RM. befanden. Die beiden Burschen suchten
dann das Weite und konnten unerkannt entkommen.

—: **Hagen. Dramatische Festnahme eines Räuber-
paares.** Der Vater veranlaßt die Verhaftung seiner
beiden verbrecherischen Söhne. Wie die Polizei kurz
meldete, wurden die Gebrüder Karl und Josef Hammel,
die die Raubüberfälle in Emst und in Jicheland ausge-
führt haben, im Garten ihres väterlichen Grundstücks,
nach einem Feuergefecht verhaftet. Wie wir erfahren
spielte sich die Verhaftung wie folgt ab. Die beiden
Räuber wurden seit der Tat von der Polizei verfolgt.
Am Samstag morgen begaben sie sich in den Garten
ihres väterlichen Grundstücks an der Lützowstraße, in
der Nähe des Justizgebäudes. Als der Vater des mor-
gens den Garten betrat, entdeckte er seine beiden ver-
brecherischen Söhne in der Laube. Da sie Hunger hatten,
baten sie den Vater um ein Butterbrot. Dieser begab
sich nach dem Hause. In der Furcht, daß die beiden
Burschen noch ein schlimmeres Verbrechen begehen wür-
den, machte er der Polizei telefonisch Mitteilung von
dem Versteck seiner beiden Söhne. Als nun die Beam-
ten erschienen flüchteten die Räuber in einen gemau-
erten Kleintierstall und verschanzten sich. Auf die Auf-
forderung der Polizei, sich zu ergeben, antworteten sie
mit Pistolenschüssen. Die Beamten ihrerseits erwiderten
das Feuer. Die Beamten prüfchten sich durch den offenen
Garten immer näher an den Stall heran. Einem ge-
lang es, auf den Kleintierstall zu klettern und schoß
durch einen Bretterverschlag. Inzwischen hatten die bei-
den Räuber ihre Munition verschossen und verließen das
Versteck. Josef Hammel hatte die letzte Kugel sich selbst
zugedacht, aber der Trommelrevolver versagte. Sein
Bruder war inzwischen durch einen Schuß in die Brust
verwundet worden.

—: **Buppertal.** Im vergangenen Jahr konnte das Barmen
Chepaar Caspar Gudel die diamantene Hochzeit feiern.
Der Chemann war bereits 101 Jahre alt, während seine
Frau das stattliche Alter von 97 Jahren erreicht hatte.
Das Chepaar Gudel war das älteste Paar Deutschlands.
Nachdem vor einigen Monaten der Chemann verschied,
ist jetzt auch die Frau im Alter von 98 Jahren gestorben.

Aus dem Parteileben.

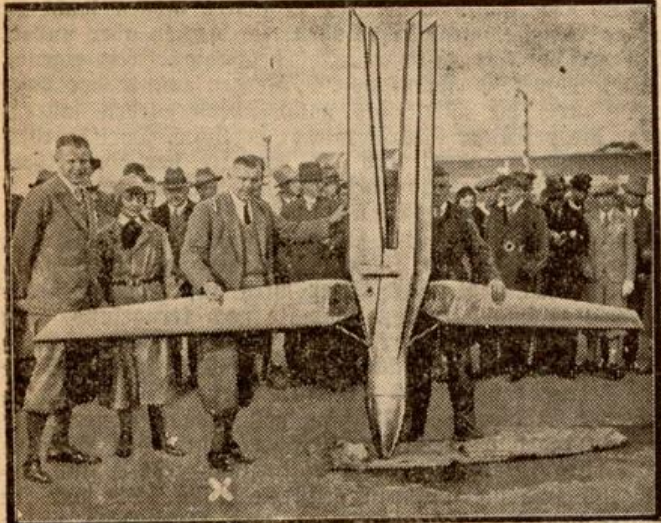
—: **Halver.** Am gestrigen Sonntag nachmittag sprach
im Saale der Karlshöhe der Landtagsabgeordnete Hinkler,
Berlin, Geschäftsführer der Landtagsfraktion der N. S.
D. A. P., über das Thema: „Hinweg mit Papen. Her
mit Hitler“. In ca. einstündigem Vortrag verstand es
der Redner die große Versammlung mit seinen tempe-
ramentvollen Ausführungen zu fesseln. Im ersten Teil
seines Vortrages gab er die Gründe bekannt, weshalb
Hitler nicht in die Regierung Papen eingetreten sei. Im
zweiten Teil behandelte er in ausführlicher und ver-
ständnisvoller Weise das politische und Wirtschaftspro-
gramm der N. S. D. A. P.

Eine 65 km lange Goldader entdeckt.

Entdeckung eines deutschen Geologen in Südafrika.
Dank den Bemühungen eines deutschen Wissenschaftlers ist jetzt eine 65 Kilometer lange goldtragende Verlängerung der berühmten Witwatersrand-Goldader in Südafrika entdeckt worden. Über die Geschichte der Entdeckung wird aus Johannesburg gemeldet: Der deutsche Wirtschaftsgeologe Dr. Krahnmann nahm vor längerer Zeit auf dem Mulders-Tricht-Hügel sein Vidua ein. Dabei entdeckte er, daß die Felsen Eisenoxyd enthielten. Dies gab ihm die Möglichkeit, mittels des magnetischen Feldes Nachforschungen nach neuen Goldvorkommen anzustellen, die jetzt zu dem überraschenden Funde führten.

Gelungener Flugraketentest in Berlin.

Der Flugraketenerbauer Reinhold Tilling-Ösna-brück führte zum erstenmal auf dem Flugplatz Berlin-Tempelhof einen Flugraketentest vor. Der Abschuss



gelang tadellos. Die Rakete trieb den etwa vier Meter langen Flugkörper 800 Meter empor. Dann entfalteten sich langsam zwei Tragflächen, die einen spiralförmigen Gleitflug zur Erde ermöglichten.

Schwere Zuchthausrevolte in Newhork.

Im New Yorker Zuchthaus in Walfare Island kam es zu einer schweren Revolte, die erst mit Hilfe von 300 herbeigerufenen Polizeibeamten niedergeschlagen werden konnte. Die Insassen hatten mehrere Ausbruchversuche unternommen, wobei ein Zuchthausler erschossen wurde. Das gesamte Mobiliar der Zellen wurde zerstört. Der Polizei gelang es erst nach zweistündigem Kampfe unter Einsatz von Tränengas des Aufruhrs Herr zu werden. Bei dem Verhör der Meuterer erdolchte ein italienischer Zuchthausler einen Streifen im Direktorzimmer.

Sport vom Sonntag.

Handball:

Dahl 1. — Breckerfeld 1. 9:2 (6:0)

Von den obigen Mannschaften wurden am gestrigen Sonntag auf dem Sportplatz in Dahl ein hartnäckiges Spiel

ausgetragen. Breckerfeld konnte sich auf dem glatten Rasenboden nicht finden. Dahl hatte Anwurf und erzielte in wenigen Minuten das 1. Tor. Sie waren den Breckerfeldern körperlich sehr überlegen, und nahmen oft, statt den Ball den Mann, welches dem Schiedsrichter auch an den Augen vorbeiflog. Mit 6:0 ging es in die Halbzeit. Nach dem Wechsel drehte sich das Spiel mächtig, so daß Dahl in den letzten 15 Minuten nichts mehr zu bestellen hatte. Die Hintermannschaft von Breckerfeld war zu weich aufgestellt, hier machte sich das Fehlen des Mittelläufers sehr bemerkbar. Der Sturm hatte großes Pech, drei Bälle wurden gegen den Pfosten geworfen, viele Chancen wurden nicht ausgenutzt, da es an Fangsicherheit fehlte. Für die zweite Serie dürfte nur noch ein frisches Training zu empfehlen sein. Am Mittwochabend 8 Uhr Spielersitzung. Künftliches und zahlreiches Erscheinen erwartet der Spielwart.

Fußball

Schwarzweiß Breckerfeld Jgd. — Bogelsang Jgd. 0:1

Das gestrige Spiel der Jugend-Fußballer wickelte sich recht gut ab. Trotzdem die Bogelsänger an Körperstärke weit überlegen waren, konnten die Breckerfelder dieses Resultat erzielen. Der Jugend des Schwarz-Weiß ist wirklich zum Lobe nachzusagen, daß sie in letzter Zeit sehr gute Resultate erzielt. Für den ferngebliebenen Schiedsrichter trat der hiesige Jugendleiter ein.

Im Berliner Fußball besiegte Hertha BSC. den VfB. Bantow mit 3:1. Ferner: Tennis-Vorussia-Spandauer SV. 4:0, Blau-Weiß-Rost SV. 1:1, Adlershofer VC. — Wader 04 1:4, VfB. Hermsdorf-Viktoria 89 2:5, VfB. 92 — Minerva 1:3, Südfrieden-VfB. Lindenwalde 0:1, Spandauer VC. gegen Bantow 4:1. — Stettiner Ergebnisse: Polizei-VfB. 2:1, ESC-Komet 3:1, VfB. — Preußen 3:1, Ring-Jüllchow 3:1. Die westdeutschen Meisterschaftsspiele hatten erwartete Resultate aufzuweisen. Überraschend kam nur das 2:2 der Sportfreunde-Essen gegen Schalke 04. Ferner: Fortuna-Düsseldorf-VfB. — Ohlins 8:1, Sportfreunde-Krefeld — Duisburg 99 2:1, Duisburger FV. 08 — Homberger SV. 3:0, Köln-Sülz 07 gegen Rheinania-Wirfel 1:1, Kölner VC. — Kölner EFM. 4:1, Alemannia-Aachen — Mülheimer SV. 4:0, Borussia-Fulda gegen ESC 03-Rassel 3:1.

Der süddeutsche Fußballsonntag brachte einige Überraschungen. In Nordbaden konnte der 1. FC. Nürnberg den FC. Schweinfurt nur mit 1:0 besiegen, während die SV. Rühl mit dem 1. FC. Vöhringen 8:1 fertig wurde. In Südbaden mußte sich der deutsche Meister VfB. Barmen-München gegen Elm 94 mit 3:3 begnügen, während München 60 die SV. Landsbut 9:1 schlug. Die Überraschung im Mainbezirk war die 0:1-Niederlage des HSV. Frankfurt durch VfL. Neu-Hessenburg.

Im norddeutschen Fußball gab es zwei überraschende Ergebnisse: Altona 93 verlor in Hamburg gegen Sankt Georg mit 1:3, der Polizei SV. Lübeck unterlag dem HSV. Wismar mit 0:3. Knapp siegte Hamburg SV. über Polizei-Hamburg (1:0) und Holstein-Kiel über Borussia-Kiel (3:2).

In Süddeutschland war die größte Überraschung das 3:3 des VfB. Gießen gegen Wertheim 09 in Oberschlesien. Weitere Ergebnisse: Viktoria-Fort — SV. Hoerswerda 3:4, Breslau 06 — VfB. 4:1, Breslau 08 — Borussia 4:3, VfB. Liegnitz — Schlesien-Hannau 3:1.

Mitteldeutschland brachte fast gar keine Überraschungen. Einige Ergebnisse: Sportfreunde-Martinshaus — VfB. Leipzig 1:2, Dresdener SC. — Brandenburg-Dresden 5:2, Chemnitzer VC. — VfB. Chemnitz 4:0, Merane 07 — SC. Jülichau 9:1, Rasenport-Blauen — VfB. 1:2, Riedel-Viktoria-Magdeburg gegen Viktoria 96 1:1 (abgebr.), Wader-Halle — Favorit 1:2, 98-Halle — Borussia 3:1.

Die Zwischenrundenspiele um den DSB-Handballpokal wurden von Süddeutschland und Mitteldeutschland gewonnen. Süddeutschland fertigte in Darmstadt Westdeutschland mit 14:8 (8:5) ab. In Weikenfels mußte sich Brandenburg mit 7:5 geschlagen bekennen.

Schlusssdienst.

Vermischte Nachrichten vom 23. Oktober.

Gerichtliches Nachspiel wegen nationalsozialistischer Störungsversuche.

Berlin. Das Berliner Sondergericht verurteilte den Arbeiter Schäfer und den Maurerlehrling Wille, die beide SA-Leute sind, auf Grund der Notverordnung gegen den politischen Terror zu je neun Monaten Gefängnis. Die beiden SA-Leute waren in der deutschen nationalen Wahlversammlung in der Hohenheide festgenommen worden. Schäfer und Wille hatten nach Stühlen gegriffen und mit diesen wild um sich geschlagen.

Der neue Vorsitzende des Kniffhäuserverbandes.

Berlin. Als Nachfolger des verstorbenen Geheimrats Dr. Suard hat der Präsident des Direktoriums der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte, G. K. K. K. K., das Amt als Erster Vorsitzender des Kniffhäuserverbandes der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen übernommen.

Stahlhelm für weiteren Ausbau des Arbeitsdienstes.

Berlin. Die zu einer Reichstagung in Berlin versammelten Arbeitsdienstleiter der 23 Landesverbände des Stahlhelms wandten sich in einem Appell an die Reichsregierung und an den Reichskommissar für Arbeitsdienst, nunmehr nach Abschluß der ersten vorbereitenden Epoche planmäßig sofort entscheidende Schritte zum großartigen Ausbau des Arbeitsdienstes zu tun.

Neun Jahre Zuchthaus für einen Kommunisten.

Hamburg. In einem politischen Entschlagsprozeß gegen 13 Kommunisten wurde der Hauptangeklagte Friede zu neun Jahren Zuchthaus verurteilt. Die Strafen gegen elf weitere Angeklagte bewegen sich zwischen drei Monaten Gefängnis und fünf Jahren Zuchthaus. Der Anklage lag ein politischer Zusammenstoß zugrunde, bei dem zwei Nationalsozialisten getötet worden waren.

Kommunistischer Überfall auf Nationalsozialisten.

Castrop-Rauel. Im Stadtteil Jern wurden Nationalsozialisten, die in einer Stärke von 50 Mann Flugblätter verteilten, plötzlich von etwa 80 Kommunisten überfallen. Bei dem Handgemenge wurden von den Kommunisten mehrere Schüsse abgegeben, wodurch vier Nationalsozialisten schwer verletzt wurden.

Todesopfer bei einem Zusammenstoß mit Schmutzern.

Kachen. Nachts wurde in der Nähe von Ophoven eine achtköpfige Schmutzergewand in der Nähe von Beamten gestellt, deren „Halt“-Rufe und Warnungsschüsse keine Beachtung fanden. Als die Beamten scharf schossen, trafen sie einen 16jährigen Jungen aus Scharfenberg tödlich ins Herz. Zwei weitere Mitglieder der Bande wurden festgenommen. Insgesamt haben die Beamten etwa 80 Pfund Kaffee und etwa 30 Pfund Tabak beschlagnahmt.

820 000 versorgungsberechtigte Kriegsbeschädigte.

Berlin. Die Zahl der versorgungsberechtigten Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen betrug nach der letzten Zählung rund 820 000 gegenüber rund 838 000 im Vorjahre.

5000 Menschen durch Großfeuer obdachlos.

London. In dem japanischen Dorf Komatsu wurden durch ein Großfeuer 1200 Häuser zerstört. 5000 Menschen wurden obdachlos.

Fünf Eisenbahnbeamte in Sowjetrußland zum Tode verurteilt.

Moskau. Das Gericht in Rischne Udinsk verurteilte fünf Eisenbahnbeamte zum Tode durch Erschießen, weil sie Güterwagen ausgeplündert hatten.

Schriftleitung: Wilhelm Bell, Halber t. Westf.

Deutschnationale Volkspartei.

Am Mittwoch, den 26. Oktober, abends 7 Uhr im Haus zur Fahr spricht Major von Fortner, Berlin über:

„Der gerade Weg der nationalen Rechte“!

Alle Wähler, die mit uns in deutscher Politik christlicher Kultur, altpreußischer Ordnung und Sparsamkeit den Weg zu Arbeit und Brot, zu neuem Aufstieg suchen, sind herz. eingeladen.

Stuhlleihen, kein Ausschank. Eintritt 30 Pfg.

Amtlicher

Taschenfahrplan

für das Niederrheinisch-Westfäl. Industriegebiet.

Gültig ab 2. Okt. 1932

Preis 75 Pfg.

Buchhandlung

Wilh. Bell jr., Halver.

Breckerfeld.

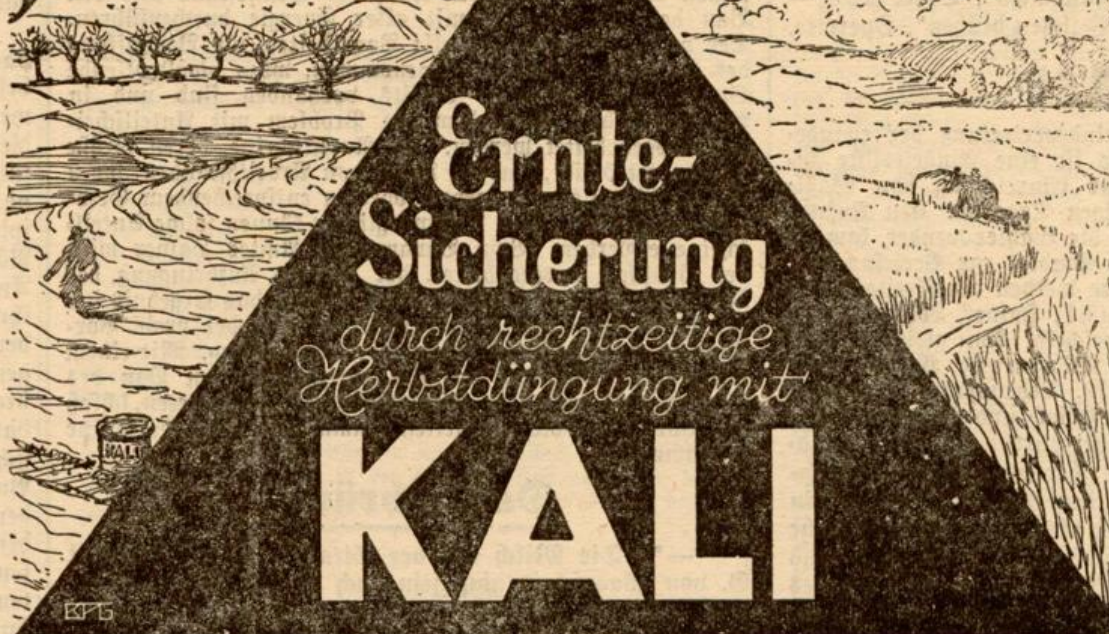
Bestellungen auf das

Breckerfelder Tageblatt

nimmt entgegen

Frau H. Kleil, Breckerfeld.

Auswinterungs- und Lager-Schutz



Gewinnauszug

1. Klasse 40. Preußisch-Süddeutsche Staats-Lotterie.

Ohne Gewähr

Nachdruck verboten

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

2. Ziehungstag

22. Oktober 1932

In der heutigen Vormittagsziehung wurden Gewinne über 300 M. gezogen

2 Gewinne zu 100000 M. 331354
2 Gewinne zu 10000 M. 232552
2 Gewinne zu 5000 M. 185325
4 Gewinne zu 3000 M. 68068 171888
8 Gewinne zu 2000 M. 49747 195677 273353 287024
24 Gewinne zu 1000 M. 60113 139884 163392 175734 215363
227656 237753 242221 363953 370415 374161 395951
36 Gewinne zu 800 M. 8287 8576 79718 93056 110499 117543
141781 147309 250171 261730 285343 310358 326633 328761 331020
334173 386302 398403
48 Gewinne zu 500 M. 3883 4479 9287 69515 79837 87865 106680
121748 143667 175955 176548 181506 213113 238563 295439 298751
299417 325888 354795 359280 366495 368097 383466 383523

In der heutigen Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 300 M. gezogen

2 Gewinne zu 5000 M. 397236
8 Gewinne zu 3000 M. 67658 169496 197076 388775
10 Gewinne zu 2000 M. 22718 80736 286366 321298 431504
18 Gewinne zu 1000 M. 37117 100620 131684 207041 211680 291522
365582 370536 392945
34 Gewinne zu 800 M. 6485 110752 116428 121949 152908 164590
184075 194781 195391 236127 263384 279914 343300 381186 383744
393110 394426
46 Gewinne zu 500 M. 14791 21408 41371 58244 75876 110660
194284 206995 220352 237953 262367 263061 292556 303581 309609
309211 311020 337093 338035 338897 348701 379147 398261

Die Ziehung der 2. Klasse der 40. Preußisch-Süddeutschen (266. Preuß.) Staats-Lotterie findet am 18. und 19. Novbr. 1932 statt.

Geschäftseröffnung!

Ich teile auf diesem Wege der Einwohnerschaft von Schalksmühle und Umgegend mit, daß ich am 12. d. Mts. im elterlichen Hause in der Klagebach b. Schalksmühle ein

Damen- und Herrenschneider-Maßgeschäft

eröffnet habe.

Eugen Rentrop, Schneidermeister, Schalksmühle - Klagebach.

Ingenieurschule Lage Bauschule
Elektrotechnik, Maschinenbau, Automobilbau, Flugzeugbau, Heizungsbau, Kältetechnik, Landw. Masch., Radiotechnik, Lehrpläne
Architektur, Tiefbau, Eisenbeton, Stahlbau, Tonindustrie, anfordern

Jetzt muß man anfangen

den Kindern meinen

H. Medizinal-Lebertran

u. Lebertran - Emulsion

zu geben.

Die Preise waren noch nie so billig.

Drogerie C. Baukloh, Kierspe-Bahnhof.

Landwirtschaftl. Verein Halver.

Berammlung

am Donnerstag, den 27. Oktober, nachm. 4 1/2 Uhr im Hotel zur Post.

Tagesordnung:

1. Besprechung über Ausfuhrung von Rodungen, Wiesenverbesserungen u. Aufforstungen im Wege des freiwilligen Arbeitsdienstes.
2. Steuerangelegenheiten.
3. Verschiedenes.

Die Besitzer von Wiesenflächen im Glbr- und Bräunkeental bitten wir vollzählig zu erscheinen.

Der Vorstand.

50 Blatt allers. fettb.

Butterbrotpapier

als Block geheftet 15

Wilh. Bell jr., Halver.

Alle

Photo - Arbeiten

Vergrößerungen.

Beste Ausführung.

Ad. Kaiser, Halver,

Empfehle und halte

an Lager vorrätig:

Langenbrahmer

Anthrazit Ruß 2,

Langenbrahmer

Anthrazit Ruß 3,

Langenbrahmer

Eisformbriketts,

Reine Stückkohlen,

Eß - Ruß 2,

Schmiedekohlen,

Braunkohlenbriketts,

Brechkohls 40/60,

Brechkohls 20/40.

C. Zimmermann,

Dhl-Rönfahl.

Telefon Nr. 11 Rönfahl.